

Neufassung: Direktoren

Der Hauptausschuß unter dem Vorsitz von Karl Josef Denzer (SPD) hat das Gesetz zur Verlängerung der Amtszeit der Organe des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR-Vorschaltgesetz) im Entwurf der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Sozialdemokraten gegen die CDU-Opposition als Empfehlung an den Landtag beschlossen. Einbezogen wurde eine Neufassung des Paragraphen 4 durch die SPD. Der Gesetzentwurf der Union zur vorläufigen Änderung des Gesetzes über den Westdeutschen Rundfunk Köln wurde mit SPD-Stimmenmehrheit abgelehnt.

Vor dem Ausschuß wies Vorsitzender Denzer darauf hin, die Neufassung des Paragraphen 4 sei jetzt mit „Direktoren“ und nicht, wie in der alten Fassung, mit „Leitende Mitarbeiter“ überschrieben. Diese neue Fassung laufe darauf hinaus, daß Verträge mit Direktoren während der verlängerten Amtszeit nur mit einer Befristung bis zum 31. Oktober 1985 abgeschlossen oder verändert werden dürften. In einer grundsätzlichen Stellungnahme betonte Denzer, die Mehrheit des Ausschusses habe den Intentionen der CDU über eine andere Zusammensetzung des Rundfunkrates nicht folgen können, sondern sich entschlossen, die Amtszeit lediglich zu verlängern, bis ein nach den Absichten der SPD zu verabschiedender Gesetzentwurf in Kraft getreten sei.

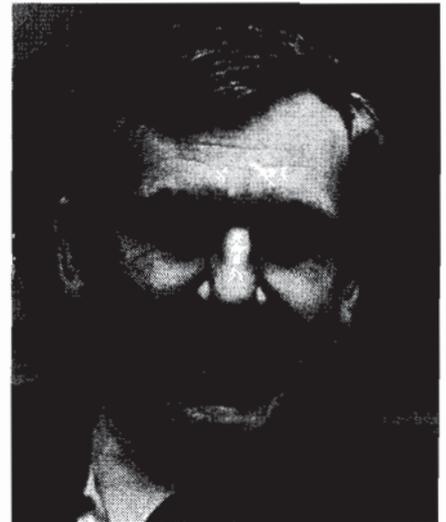
Der Medienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Helmut Elfving, räumte ein, Übereinstimmung gebe es in bezug auf die Verlängerung der Amtszeit des Rundfunkrates. Darüber hinaus befürwortete Elfving allerdings den CDU-Vorschlag eines Drei-Stufen-Gesetzes, da nach seiner und der Ansicht seiner Fraktion, man „ernsthaft von der Verabschiedung eines großen Gesetzes“ zur Neuordnung des Rundfunks nicht mehr ausgehen könne. Auch der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Ottmar Pohl vertrat die Auffassung, es sollte besser mit dem Vorschaltgesetz ein kleines WDR-Reparaturgesetz verabschiedet werden. Bei der von der SPD favorisierten großen Gesetzeslösung könnten unter dem Druck der Zeit viele Fragen nicht mehr gelöst werden. Für die Landesregierung erklärte der Chef der Staatskanzlei, Dr. Klaus Dieter Leister (SPD), Ziel sei es gewesen, die Regelung im Paragraphen 4 „so nah wie möglich an verfassungskonforme Notwendigkeiten heranzubringen“.

Porträt der Woche

Ein Stück steht er schon im Windschatten von Johannes Rau, in dem sich optimistisch Wahlkampf machen läßt. Seinen Wahlkreis hat Uwe Herder in der Nachbarschaft der Privatwohnung des Ministerpräsidenten – und einen Vorsprung von 3,2 Prozent gegenüber seinem „guten Gegenkandidaten“ Dr. Hans Jürgen Lichtenberg (CDU) seit den letzten Kommunalwahlen. Und: Es macht ja Spaß, im Landtag zu sitzen, meint Herder. Es wäre schade, wenn er in den kommenden fünf Jahren nicht an den Beratungen zu Verkehrsthemen teilnehmen könnte. Nach einem Jahr „Mund halten“ hat sich der Verkehrsbauingenieur ganz auf das Spezialgebiet Verkehr konzentriert – und weitgehend beschränkt. Das Fazit seiner ersten Sitzungsperiode im Düsseldorfer Landtag: Wenn man erst einmal die Strukturen kennt, wenn man weiß, wie überhaupt ein Gesetz zustande kommt, läßt auch das Gefühl von Ohnmacht nach.

Als blutiger Laie ging der Sozialdemokrat 1980 nicht an den Schwanenspiegel, nachdem er 1975 am Pech der Stichwahl gegen seinen CDU-Mitbewerber scheiterte. Der ehemalige Wuppertaler Juso-Vorsitzende saß und sitzt im Stadtrat Wuppertals und ist dem „bergisch Pepita“ der Kommunalpolitik vor Ort eng verbunden. Gerade diese Doppelfunktion ist ihm „ungeheuer wichtig“. Wer das Gefühl für kommunale Bedürfnisse nicht habe, sollte nicht „von oben in die Landespolitik einfliegen“. Während sich Herder beruflich und im Landtag mit U-Bahn-Bau, Flughäfen oder Landstraßen befaßt, vertritt er zudem im Rat der Heimatstadt mitunter weit weniger reibungslose Dinge. Das Engelsdenkmal zum Beispiel, das inzwischen seine Skandalkraft verloren und lokalpolitische Possenspiele überstanden hat. Er hat wieder ein Denkmal, verrät er. Diesmal für Else-Lasker-Schüler – ebenfalls Wuppertalerin, oder besser in Elberfeld geboren. Einen Platz hat er bereits. Natürlich an einer Straßenkreuzung. Nur der Künstler wird noch gesucht.

Spannung ist vorprogrammiert in der zweifachen Rolle, hat Herder in den letzten fünf Jahren erfahren. Zwar empfindet er es als gut und nützlich, daß man abends nach Hause zurückkommt – also auch zu den Wählern. Hier unterseide sich Düsseldorf von Bonn. Aber begreiflich zu machen, daß man als Vertreter seiner Stadt im Landesinteresse gegen „die eigenen Leute“ Entscheidungen fällt, ist schwer zu vermitteln. So beim Gemeindefinanzierungsgesetz, dem er auch in den Einschnitten zustimmte, obwohl seine Heimatstadt dagegen Sturm läuft. Landtagsarbeit ist ein



Uwe Herder (SPD)

Stück „Kirchturmspolitik“, schließt er daraus. Und sie schafft die Einsicht, daß es auf Landesebene ein Regulativ geben muß.

Die Perspektive für das übergeordnete Regulativ am Rhein ist für die kommenden Jahre nicht einfach vorherzusehen. Die Grünen kommen – mit deutlich artikulierten Vorstellungen und Forderungen, gerade auch in Bereichen, die zu Herders Beritt zählen. Zwar prognostiziert der 42jährige den eigenen Genossen eine Mehrheit der Mandate im neuen Landtag nach dem 12. Mai. Nicht aber die absolute Mehrheit der Stimmen – auch „wenn ich sie erhoffe“, wie es sich für einen Wahlkämpfer dreieinhalb Monate vor dem Urnengang gehört. Für die Rücksicht auf das gestiegene Umweltbewußtsein in der Bevölkerung habe er sich schon sehr früh ausgesprochen, wenn ihm dies Kritiker in Wuppertal auch nicht so ganz abnehmen wollen und ihn an ein Landstraßenprojekt erinnern, das durch eines der größten Naherholungsgebiete im Bergischen Land führen sollte.

Bei der Ökologenpartei sieht er „grundsätzlich“ Gleichklang der politischen Seelen in vielen Fragen, aber keine Chance zur Verwirklichung konkreter Konzepte. Im öffentlichen Nahverkehr, bei der Bundesbahn, beim Straßenbau „mit gebremstem Schaum“ oder beim Ausbau von Radwegenetzen entdeckte er Gemeinsames. „Aber es hapert an den Maximalforderungen“, an zu vielen Illusionen und an mangelnder Kompromißbereitschaft. Eine Koalition hält der gebürtige Königsberger daher für undenkbar und ausgeschlossen. Nicht nur aus Parteirason. Bonn gebe dafür das beste Beispiel. Für den Fall der Fälle kann Herder in seiner zweiten politischen Funktion dennoch Fingerübungen machen. Die Fäden laufen wieder zurück nach Wuppertal. Dort gab es nach den Kommunalwahlen die erste grüne Bürgermeisterin in der Bundesrepublik.

Stephan A. Heuschen

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, John van Nes Ziegler
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884303, 884304 und 884545

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Friedrich Schreiber MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Dr. Ottmar Pohl MdL (CDU), stellv. Fraktionsvorsitzender; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent, und Friedhelm Görgens (CDU), Pressesprecher

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Druck: Rheindruck Düsseldorf GmbH